

An die

Vorsitzende des Sozial- und Gesundheits-
ausschusses der Stadt Bielefeld

Frau Karin Schrader

i.H.

Antrag der AGW auf Erhöhung des Zuschusses

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Seniorenrat hat auf seiner Sitzung vom 12.12. 2012 erfahren, dass die AGW eine Erhöhung des städtischen Zuschusses beantragt hat, um die steigenden Personalkosten auffangen zu können. Diesen Antrag wird der SGA auf seiner ersten Sitzung im neuen Jahr beraten.

Der Vorstand des Seniorenrates wurde auf o.g. Sitzung einstimmig von seinen Mitgliedern beauftragt, dem SGA mitzuteilen, dass sie den Antrag der AGW unterstützen.

Der Seniorenrat hat im Jahr 2012 zusammen mit Verwaltung und der AGW gemeinsam ein Konzept entwickelt, um die offene Seniorenarbeit in seiner bisherigen Qualität zu erhalten und sie perspektivisch besser zu vernetzen. Dieses Konzept ist vom SGA einstimmig befürwortet worden. In den letzten Jahren hat sich der Seniorenrat besonders für den Erhalt der offenen Seniorenarbeit eingesetzt und ihre Bedeutung auch allen Mitgliedern des SGA gegenüber verdeutlicht: Die offene Arbeit ist ein unverzichtbarer Teil einer sozialen Infrastruktur für alte Menschen, die auf ihre Art und unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten sich am politischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben beteiligen wollen. Die offene Arbeit ist außerdem ein vorzüglicher Arbeitsansatz, um drohende Vereinsamung im Alter zu verhindern. Es geht u.a. um Kontakte, Geselligkeit, Bildung und gesundheitliche Belange von alten Menschen.

Unter der Voraussetzung, dass die Träger der Einrichtungen alle internen Möglichkeiten der Rationalisierung und Konsolidierung der Arbeit ausgeschöpft haben, unterstützt der Seniorenrat den Antrag der AGW. Für diese Arbeit bedarf es eines Mindestaufwandes an hauptamtlichem Personal, das auch entsprechend nach tariflichen Bestimmungen bezahlt werden muss. Das zwischen AGW, Stadt und Seniorenrat erarbeitete Konzept könnte ohne

hauptamtliche Unterstützung nicht entsprechend umgesetzt werden. Der Großteil der Arbeit läuft ohnehin schon ehrenamtlich.

Wir fordern daher den SGA und andere mit der Frage beschäftigten Instanzen und Gremien der Stadt Bielefeld auf, alle Möglichkeiten für eine Erhöhung des Zuschusses zu prüfen, um eine der wichtigsten Infrastrukturen für alte Menschen in Bielefeld weiterhin zu erhalten und das gemeinsam erarbeitete Konzept nicht vorschnell in seiner Substanz zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen


H. Peter

PS: Wir möchten sie bitten, den Mitgliedern des SGA diesen Brief zur Kenntnis zu geben. Eine Kopie dieses Schreibens geht ebenfalls an den Vorsitzenden der AGW.